

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

26.6.1925 (No. 145)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruherstr. 14
Telefon:
Nr. 958
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. e. n. .
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 2,50 Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Preise und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausschaltung, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Wirtschaftliche Umschau

Nach Ablauf des ersten Halbjahres 1925 ist die Bilanz der deutschen Wirtschaft eine wenig erfreuliche. Die bekannten Ziffern und Tatsachen zeigen uns den Ernst der Lage mit so eindringlicher Deutlichkeit auf, daß alles, was in unseren Kräften steht, darangelegt werden muß, um Besserung herbeizuführen. Es läßt sich leicht formulieren, was nützt, Steigerung und Förderung der Produktion und des Absatzes und billiger, d. h. preiswertere Produktion. Viel schwerer freilich lassen sich die Wege zu den so dringend zu wünschenden Zielen angeben, wobei wir natürlich zunächst davon auszugehen haben, woran es sichtbarlich fehlt. Wir haben eine passive Handelsbilanz mit auf die Dauer einfach untragbarem Einfuhrüberschuß aus dem Ausland, wir leiden unter einer Warenverknappung, wobei vielfach die Weltmarktpreise ganz unbegründet überschritten werden, wir leiden derart unter Geldmangel, daß selbst die größten Substanzbesitzer „notleidend“ sind, und die Illiquidität unserer Wirtschaft ist es in erster Linie, welche die Zusammenbrüche auf den verschiedensten Gebieten — zurzeit ist besonders der Bekleidungs- und Textilhandel betroffen — herbeiführt.

Zum erheblichen Teil sind es die Nachwirkungen der Inflationsperiode, die wir weiterhin so empfindlich spüren, die nur überwunden werden können, wenn Staat und Wirtschaft — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — mit allen Kräften darin verständnisvoll zusammenwirken. Wir sind noch immer krank, und auch, wenn wir uns schon als Konvaleszenten ansehen wollen, und gerade dann wissen wir, daß Rückfälle das gefährlichste sind. Die Art und Pfleger beim kranken Körper ohne die Heilkraft der Natur nicht helfen können und ihre Hauptaufgabe darin zu bestehen hat, sie zu unterstützen, so darf auch in der gegenwärtigen Sanierungsstrategie nicht allzuviel von Heilmitteln erwartet werden. Der Gesamtimpuls der deutschen Volkswirtschaft wird das Erste sein müssen. Er muß wieder lebensfähig gemacht werden, auch auf Kosten minder edler Teile, die nicht zu retten sind.

Wie sehr die Wurzel des Übels noch in der Inflationswirtschaft liegt, zeigt uns die Krise der Montanindustrie, in die ja damals sich das Schwerkriegsgewicht unserer Wirtschaft verlegte. Die „Flucht in die Sachwerte“ hat dabei vielfach einen den heutigen Bedürfnissen des Inlands- und Auslandsmarktes nicht entsprechenden zum Teil überernährten Produktionsapparat geschaffen. Dazu kommt, daß sich die dringend notwendige gründliche allgemeine Reform der Denkgewohnheiten immer noch nicht einstellen will. In weitesten deutschen Kreisen, bei Produktion und Konsumtion, herrscht noch immer nicht das genaue, feine Gefühl für den Wert des Geldes, worin uns das hochvalutarisch gebliebene Ausland über ist. Die Kalkulationen sind ungenau und manchmal viel zu hoch, so daß das Ausland sich von unserem Markt abwendet, manchmal hängt man noch an Ersatzstoffen, wodurch sich, wenn auch teurer, aber vollwertige Waren von der Qualität der deutschen Vorkriegswaren nicht herstellen lassen, so daß auch hier wieder die Folge ein Kundenabfall ist. Die Defizitrisiken sind in der deutschen Produktion oft noch viel zu lang und außerdeutsche Fabrikate laufen den unseren dadurch den Rang ab. Daß auch im Publikum der Wert des Geldes noch nicht erkannt ist, zeigt die lebhafteste Konsumtion mancher viel zu teurer Luxuswaren, obwohl es gerade der Konsument in der Hand hätte, auf deren Hersteller erzieherisch zu wirken.

Unsere Produktion muß den Anschluß an den Bedarf des Inlandes fördern und am Wiederaufbau des Vertrauens im Ausland mit allen Kräften arbeiten. Damit schafft sie sich vor allem das moralische Anrecht, aber auch die Möglichkeit zur Beseitigung der rein äußeren Semnisse und Besserung, wie im Inland der zu hohen Steuerlasten und Frachten und der Kreditnot, und der vom Ausland gegen den deutschen Export errichteten Schranken.

Im Reichstag hat vorgestern die Beratung des Zolltarifs begonnen, und damit der Versuch, außerdem die Steuerentlastungen und die Aufwertungsfrage noch vor den Sommerferien zu erledigen. Recht umfangreich dürften sich die Ausschussberatungen der 954 Positionen aufweisenden Zollvorlage gestalten, worauf erst die zweite und dritte Lesung im Plenum die Entscheidung bringen werden. Die endgültige Stellung der Parteien ist noch nicht geklärt. Im Zentrum und in den Deutschen Volks-

partei, auf welche Parteien es besonders ankommen wird, bestehen weiterhin erhebliche Widerstände gegen feste Minimalzölle für Getreide.

Was die Aufwertung anlangt, so sind die Regierungsparteien zu einem neuen Kompromiß in der Frage der Ablösung der öffentlichen Anleihen gelangt. Anleihealtbesitzer, denen Ablösungsrechte zustehen, sollen Wohlfahrtsrenten erhalten, die den Einnahmen aus Zöllen entnommen werden. Zur Verstärkung des Dienstes der Anleiheablosungsschuld soll ein besonderer Fonds gebildet werden, aus dem die öffentlichen Sparkassen, Pensionskassen usw. bedacht werden, soweit sie Anleihealtbesitzer sind. Im übrigen sollen Altbesitzer sehr großer Beträge nicht mit dem gesamten Betrag den Umtauschsatz — der sich gegen die Regierungsvorlage nicht verändert — genießen. Die Gläubigerverbände, welche bei ihren Forderungen die Leistungsfähigkeit der deutschen Finanzen nicht in Rechnung stellen, treten jetzt für einen Volksentscheid in der Aufwertungsfrage ein, der zur Beantwortung einer solch komplizierten wirtschaftlichen Frage allerdings als ganz ungeeignet betrachtet werden muß. Wie aus den Mitteilungen eines Regierungsvertreters im Aufwertungsausschuß des Reichstages hervorgeht, würden bei Annahme des Regierungsentwurfes für 20 Milliarden Altbesitz im ersten Jahr 100 Millionen erforderlich sein, eine Summe, die sich jedoch langsam vermindert. Dazu kommen zirka 40 Millionen an Vorzugsrenten für die Bedürftigen und an einmaligen Ausgaben 150 Millionen für die Abfindung bedürftiger Kleinrentner. Die Anträge der Regierungsparteien würden etwa 50 Millionen mehr erfordern.

Gleichfalls bereitet sich ein Kompromiß in der Steuerfrage vor, nachdem der Ausschuß die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer abgelehnt hat. Anstatt der Regierungsvorlage wird jetzt nur eine 50prozentige Erhöhung der Biersteuer beantragt. Die Steuer für Zigaretten und Tabak soll keine Erhöhung erfahren, jedoch die für Zigaretten. An der Erhöhung der Tabakzölle wird festgehalten. Was die Weinsteuer anlangt, so hat sich der Ausschuß auf ihre Herabsetzung von 20 auf 10 Prozent geeinigt. Dem Ausschuß liegen auch Anträge vor, die ein Verbot der Erhebung weiterer Abgaben vom Wein, insbesondere durch Gemeinden, zum Ziel haben.

Zwischen Polen und Deutschland steht der Ausbruch eines Zollkriegs unmittelbar bevor, weil Deutschland nach Ablauf seiner Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag sich gegen die weitere Überwälzung mit polnisch-obererschlesischer Kohle und anderen Montanerzeugnissen wehrt. Bekanntlich haben wir an und für sich darin schon eine schwere Abzweigung. Die mitteldeutschen Braunkohlenvorkommen wurden nach dem Krieg sehr ausgebaut, um den Verlust Oberschlesiens zu ersetzen und Deutschland war überdies vor dem Krieg ein starkes Kohlenausfuhrland. Polen hat, trotzdem ihm Deutschland in den letzten Tagen noch ein entgegenkommendes Angebot gemacht hat, Einfuhrverbote gegen eine große Anzahl deutscher Exporterzeugnisse erlassen, die am morgigen Samstag in Kraft treten sollen. Für diesen Fall sind von deutscher Seite bereits „entscheidende Gegenmaßnahmen“ angekündigt. Deutschland hat Polen die gegenseitige Meistbegünstigung angeboten, aber von polnischer Seite wurden darauf nichts als ablehnende Stimmen laut. Wenn gewiß auch Deutschland durch die polnischen Einfuhrverbote empfindlich getroffen werden kann, so ist doch die polnische Stellung schlechter, denn Deutschland ist in der Lage, die polnische Hauptausfuhr in Kohlen und landwirtschaftlichen Produkten zu treffen, was seine Rückwirkung auf die Finanzen und die Währung Polens haben kann. Nicht verschwiegen werden darf, daß Polen ein sehr guter Abnehmer, vor allem für deutsche Maschinen und Textilwaren ist. Die deutsche Ausfuhr von Maschinen und Metallwaren betrug im vergangenen Jahr nach Polen 106 Millionen Mark, größtenteils Fertigfabrikate, die an Textilwaren usw. 61 Millionen. Polen andererseits würde tatsächlich nicht wissen, wohin es mit seiner Kohle und seiner Ernte soll, denn eine Verschiffung der Kohle über Danzig verträgt der Preis nicht.

Die endlosen deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sind wieder einmal ins Stocken geraten, nachdem man sich nicht über die von beiden Seiten zu machenden Konzessionen hat einigen können. Auf deutsche Zugeständnisse für die hauptsächlichsten französischen Ex-

portartikel gemachte französische Gegenanschläge mußten deutscherseits als ungenügend bezeichnet werden. Kompliziert wird die Lage dadurch, daß die deutsche Ausfuhr nach Frankreich außerordentlich mannigfaltig ist, während sich die französische Ausfuhr auf wenige, aber sehr ins Gewicht fallende Artikel wie Eisen, Textilien, Seide und einzelne landwirtschaftliche Produkte beschränkt.

Erfreulicherweise weist die deutsche Handelsbilanz für Mai eine Besserung auf und zwar auf der Seite der Ausfuhr, die einen Wert von 732 Millionen (im April 672 Millionen) hatte, wobei die Fertigwarenausfuhr um 38 Millionen zunahm. Die Einfuhr ist mit 1084 Millionen ziemlich die gleiche geblieben. Der Einfuhrüberschuß beträgt freilich immerhin noch 352 Millionen (April 408 Millionen), hat sich aber gegenüber seinem Höchststand im Januar auf die Hälfte vermindert.

Militärrevolution in Griechenland

In Griechenland ist eine Militärrevolution ausgebrochen und die Regierung gestürzt worden. Der Führer der Partei der republikanischen Union Papantastasi hat die Kabinettsbildung übernommen. Er soll den militärischen Führern der Aufstandsbewegung, dem General Pangalos und dem Admiral Sadjirikatos angeboten haben, in sein Kabinett einzutreten. Die Offiziere der Garnison von Saloniki haben Donnerstag morgen eine Proklamation an die Bevölkerung erlassen, in der sie mitteilen, daß sie angesichts der Unfähigkeit der jetzigen Regierung die sofortige Absetzung des Ministerpräsidenten und die Einsetzung einer Militärregierung unter der Präsidentschaft des Generals Pangalos fordern. Die öffentlichen Gebäude wurden besetzt und mitgeteilt, daß die Revolution in ganz Griechenland, ohne Widerstand zu finden, gesiegt habe. Ebenfalls bemächtigten sich die Aufständischen in Athen zahlreicher öffentlicher Gebäude. Die Flotte unter der Führung des Admirals Sadjirikatos hat sich der Aufstandsbewegung angeschlossen.

Paris, 26. Juni. Sabas meldet aus Athen: Gestern vormittag 6 Uhr hat General Pangalos an die Regierung ein Ultimatum gerichtet, in dem deren Demission innerhalb 13 Stunden gefordert wurde. Abgesehen von einigen in die Luft abgegebenen Gewehrschüssen ist kein erster Zwischenfall zu verzeichnen. Um 9 Uhr hat der Präsident der Republik die Parteiführer zusammenberufen. Ministerpräsident Michalosopulos beschloß, zu demissionieren. Die Demission wurde angenommen. Die Bildung eines Koalitionskabinetts erscheint nicht möglich. Die Regierungstruppen, die bisher die Ordnung aufrechterhalten, sind durch die Truppen der Aufstandsbewegung ersetzt worden. Im übrigen herrscht vollständige Ruhe. — Nach weiteren Meldungen aus Athen hat General Pangalos in einem Aufruf an die Bevölkerung erklärt, daß er die nationalen Interessen wahren werde. Die Bildung eines Kabinetts Papantastasi sei jetzt unmöglich. Er werde selbst die Ministerpräsidentschaft übernehmen.

Aber die Ursache des Staatsstreiches verläutet, die Offiziere seien der Ansicht, daß Michalosopulos sich nicht genügend um die Reorganisation des Heeres und um die Entwicklung der Wirtschaft gekümmert habe. Seine Außenpolitik ermangelt der Geschicklichkeit und habe nur zu Mißerfolgen geführt, namentlich in Serbien und in der Türkei. Die Offiziere machen ihm ferner den Vorwurf, daß er ausländischen Kapitalisten zu große Zugeständnisse gemacht habe.

Chinesische Studienmission im Reichstag. Donnerstag nachmittag erhielt der Reichstag den Besuch des Generals Tching, des Präsidenten der gegenwärtig Deutschland bereisenden chinesischen Studienmission. Der General war von dem Legationssekretär Schang, seinem gegenwärtig in Berlin studierenden Sohn und mehreren anderen Herren begleitet. Reichstagspräsident Lobe empfing die Herren zunächst in seinem Arbeitszimmer und geleitete sie dann in die frühere Hofloge des Reichstages, wo sie längere Zeit verweilten. Präsident Lobe erläuterte dabei Zusammensetzung und Verfassung des Reichstages und der Parlamente der Länder. Schließlich besichtigten die Gäste die räumlichen Einrichtungen des Reichstagsgebäudes.

Zuchthausstrafe für einen Landesverräter. Wegen Landesverrats hatte sich vor dem Berliner Strafgericht der „Journalist“ Lübeck aus Danzig zu verantworten. Der Angeklagte, der nach dem Krieg in Danzig eine Wochenschrift unter dem Titel „Ostwacht“ herausgegeben hatte, hatte es verstanden, sich mit rechtsstehenden Kreisen in Danzig in Verbindung zu setzen und sich Material zu beschaffen, das er der polnischen Spionageabteilung zur Verfügung gestellt hatte. Außerdem besteht gegen ihn der dringende Verdacht, daß er die Verhaftung gewisser deutscher Persönlichkeiten in Polen veranlaßt habe. Entsprechend dem Antrag des Generalstaatsanwalts verurteilte das Gericht den Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von 6 Jahren und 10 Jahren Ehrverlust. Gegen den Angeklagten ist ferner ein Verfahren wegen Verrats militärischer Geheimnisse eingeleitet worden.

Die Ausfuhr in der Holzindustrie. Die Gauleiterkonferenz des deutschen Holzarbeiterverbandes in Berlin billigte einstimmig die Maßnahmen, die der Hauptvorstand des Verbandes bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebervertretern vereinbart hatte. Entsprechend diesen Maßnahmen werden die Verhandlungen zur Beilegung der Ausfuhr im Holzgewerbe nicht zentral, sondern bezirksweise geführt werden.

Deutscher Reichstag

22. Berlin, 25. Juni.

Eröffnung der Sitzung 2 1/2 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Präsident Loebe dem Hause den Inhalt eines Danktelegrammes des Polarforschers Amundsen auf das Glückwunschtelegramm des Reichstages mit (lebhafter Beifall).

Dann setzt das Haus die Debatte über die Zollvorlage fort.

Abg. Meber-Berlin (D.) meint, die Regierungsvorlage bedürfte der sorgfältigsten Nachprüfung und die Demokraten würden alle berechtigten Forderungen zu dieser Vorlage mit größtem Nachdruck unterstützen. Die europäischen Staaten müßten dem Umstand Rechnung tragen, daß die Industrialisierung der überseeischen Länder und die Schwächung der europäischen Finanzpositionen Kaskaden seien. Auf Deutschland treffe das letztere besonders zu. Es sei notwendig, die Positionen zu verbilligen und das Preisniveau zu erniedrigen. Den Weg eines Dumpings, das heute in fast allen europäischen Staaten abgelehnt werde, könne man aber nicht beschreiten. Die Regierung habe in ihrer Zollvorlage den großen Widerspruch der deutschen Qualitätsarbeit außer acht gelassen. Sie habe dagegen das Armutszeugnis zum Ausdruck gebracht, daß die gesamte deutsche Wirtschaft stützungsbedürftig durch Zölle sei. Diesen Pessimismus könnten die Demokraten nicht mitmachen. Es mache ganz den Eindruck, als hätten die Verfasser des Entwurfs in ganz schematischer Weise die früheren Tarife erhöht unter Berücksichtigung der inzwischen erfolgten allgemeinen Wertveränderung und als hätten sie sie so erhöht, um den jeweiligen Wünschen der Interessenten entgegenzukommen. Parität zwischen Industrie und Landwirtschaft sei zwar erforderlich, dürfe aber nicht so verstanden werden, daß, wenn die Industrie Schutzzölle habe, die Landwirtschaft sie auch haben müsse oder umgekehrt. Vielmehr müsse in jedem einzelnen Falle die Notwendigkeit des Schutzes geprüft werden, unabhängig davon, zu welcher Kategorie der Wirtschaft er gehöre. Der Redner setzt sich zum Schluß seiner Rede für einen schon früher gestellten demokratischen Antrag ein, einen Sachverständigenausschuß zur Prüfung der Zollfrage zu bilden.

Abg. Weidenhofer (D.). Die Vorklagen stehen der Gesetzesvorlage objektiv gegenüber und bemühen sich, dabei vor allem den Standpunkt zur Durchführung zu bringen, was für die deutsche Wirtschaft günstig ist.

Abg. Frau Sander (S.). Wenn es den Regierungsparteien um gewissenhafte Erledigung der Zollfrage zu tun ist, warum dann diese Eile. Wir sind bereit, sachlich daran mitzuarbeiten, verlangen aber eine gründliche Bearbeitung. Hohe Industriezölle bereiten den Handelsvertragsverhandlungen Hindernisse, denn sie zeigen das Ausland zur Steigerung seiner eigenen Forderungen. Der Wettlauf um Schutzzölle erinnert in bedenklicher Weise an das Wettlaufen, das schließlich zur Katastrophe führte. Der Protektionismus ist die ungerechteste und brutalste Kopfsteuer. Auch Fleisch, Gemüse und sämtliche landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden durch die Zollvorlage verteuert. Das ist für die breiten Massen untragbar. Am schwerwiegendsten aber sind für die gesamte Wirtschaft die Eisenzölle, durch die eine Verteuerung der ganzen Produktion herbeigeführt werden muß. Das Ziel der Schwerindustrie scheint aber zu sein, den Innenmarkt diktatorisch zu beherrschen. Die ganze Vorlage ist nichts anderes als eine große Lohnbewegung der Unternehmer, die durch nichts gerechtfertigt ist und zum Ruin der breiten Massen des Volkes führen muß. Die große europäische Zollunion kann allein ein großes einheitliches Abgabengebiet und damit auch eine Steigerung der Produktion herbeiführen.

Abg. Dörnte (Komm.) bekämpft die Zollvorlage, die ihre schweren Lasten auf die arbeitenden Massen abwälze. Damit ist die allgemeine Debatte geschlossen. Die Zollvorlage und der Gesetzentwurf über den Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Deutschland und England wird dem handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Es entwickelt sich dann eine Geschäftsordnungsdebatte. Namens des Ältestenrats teilt Abg. von Guérard (R.) als Berichterstatter mit, daß auf Antrag des Abg. Brüninghaus (D.D.P.) der Ältestenrat sich mit der Frage der

Zusammensetzung der Reichstagsausschüsse

befähigt habe. Der Antragsteller habe die Meinung vertreten, daß die gegenwärtige Zusammensetzung der Ausschüsse kein Spiegelbild der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse ergebe. Die Schlüsselung der Ausschüsse solle in Zukunft geändert werden.

Abg. Dittmann (S.) betont, daß der plötzliche Wunsch der Mehrheit auf Änderung der Schlüsselung nur auf politischen Gründen beruhe, da nämlich die Mehrheit der Rechte im Steuerauschuß in die Brüche gegangen sei.

Abg. Schulz-Bromberg (D.D.) betont demgegenüber, daß mit 228 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten, Wirtschaftspartei und Volkslisten diese trotzdem im Ausschuss die Mehrheit hätten gegenüber den 208 Stimmen der Regierungsparteien.

Nach weiterer lebhafter Geschäftsordnungsdebatte wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und Volkslisten beschlossen, die Neuregelung für die Ausschüsse bereits am Freitag in Kraft treten zu lassen.

Nach der Neuregelung gibt es nur noch Ausschüsse von 21 und 28 Mitgliedern, während die bisherigen mit einer Abgeordnetenzahl von 14 und 18 gänzlich wegfallen.

Als Reichstagspräsident Loebe die Tagesordnung für die nächste Sitzung feststellen will, beantragt Abg. Frid (Volk.), die Anträge in dieser nächsten Sitzung zu beraten, die die Kündigung der spanischen Handelsverträge wünschenswert sind. Im Sammelgespräch wird dieser Antrag mit 235 gegen 73 Stimmen angenommen. Dann verlegt sich das Haus auf Freitag 1 1/2 Uhr nachmittags.

Der Ältestenrat des Reichstages nahm am heutigen Freitag, wie aus Berlin gemeldet wird, die in der gestrigen Sitzung des Plenums beschlossene Neuverteilung der Ausschüsse vor. Außerdem einigte sich der Ältestenrat dahin, daß zunächst alle Ausschüsse unter den alten Vorsitzenden weiter tagen sollen und daß sofort ein Unterausschuß eingesetzt werden soll, der sich mit der Frage beschäftigt, ob und wann in den Ausschüssen eine Neuwahl der Vorsitzenden vorgenommen werden soll.

Der Steuerauschuß des Reichstages nahm bei der Behandlung der Einkommensteuer einseitig einen Antrag der Deutschen Volkspartei an, der die Einkommensteuer bis zum 30. 9. 1927 von 20 auf 10 Prozent ermäßigt. Vom 1. 10. 1927 ab soll die Einkommensteuer 20 Prozent betragen.

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 24. Juni berechnete Großhandels-Indexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 17. Juni (1926) um 0,7 Prozent auf 134,2 gestiegen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarergänzungen von 132,4 auf 133,9 oder um 1,1 Prozent zugenommen. Die Industrieerzeugnisse blieben mit 134,9 unverändert.

Auf der Tagung der Internationalen Handelskammer in Brüssel, hat das Wirtschaftskomitee den von Edward S. Filshie unterbreiteten Plan genehmigt, demzufolge ein umfangreiches internationales Komitee gebildet werden soll, um das Problem der Handelsbarrieren zu studieren und die Nationen zu veranlassen, Konzessionen zu machen, um den beträchtlichen wirtschaftlichen Überschuss einiger Länder in nutzbringende Kanäle zu leiten.

Das Polizeiwesen in Peru

Von Pedro C. Paulet, Delegierter der Peruanischen Regierung zur Internationalen Polizeitechnischen Ausstellung in Karlsruhe 1926.

In früherer Zeit

Es hat sicher kein besser organisiertes Land gegeben und keines, das über eine so gute Polizei verfügte, wie das alte Peru, als es noch viele Jahrhunderte vor der Entdeckung Amerikas das Reich der Inkas bildete, das sich über den südamerikanischen Kontinent erstreckte, soweit derselbe überhaupt damals bewohnbar war.

Im Reich der Inkas, dessen Verfassung gleichzeitig kommunistisch und theokratisch war, kannte man keine Diebstähle und Morde. Es gab tatsächlich kein Privateigentum nach persönlicher Rechtschaffenheit, denn alles was vorhanden war, war Eigentum des Inkas, das heißt also, des Staates. Dieser hatte es übernommen, alle seine Untertanen zu beschäftigen, zu heilen, zu erziehen, ihnen Arbeit zu geben und auch Feste zu bereiten, die oft monatelang sich hinzogen. Da außerdem jeder Bewohner des Inkas als nationale Produktionsquelle angesehen wurde, schätzten die Inkas das Menschenleben über alles, und bei ihren Eroberungszügen vernichteten sie die Besiegten nicht. Wenn diese sich der Organisation des Inkasreiches widersetzen, wurden sie in ganzen Scharen tausende von Kilometern weit fortgebracht und durch gefügigere Stämme ersetzt.

Als daher die Spanier Peru eroberten, wunderten sie sich über die hohe Sittlichkeit des Volkes. In einem Schreiben, das der erste Eroberer an den König Philipp II. richtete, heißt es, daß die Indianer des Inkareiches niemals ihre Türen schließen. Wenn der Bewohner sein Haus verließ, schloß er es nicht ab, sondern ließ es offen, und wenn er abwesend war, ließ er es offen, und wenn er abwesend war, ließ er es offen, und wenn er abwesend war, ließ er es offen.

Mit den spanischen Eroberern kam, wie bekannt, eine große Anzahl Abenteurer nach Peru, die durch die sagenhaften Reichtümer des Landes angezogen wurden. Aber von Anfang an und während der drei Jahrhunderte, die die spanische Besetzung in Südamerika dauerte, blieb die Sittlichkeit in Peru unerschüttert, sowohl durch die Maßnahmen der Behörden und religiösen Orden, als durch die Macht, über welche die Vizekönige von Lima, die unmittelbaren Vertreter der spanischen Krone, in ihren sämtlichen amerikanischen Kolonien, verfügten. Der Polizeidienst wurde hierdurch besonders in Peru sehr scharf, denn alle lieblichen Gesindel wurde ausgewiesen und nach anderen Kolonien verbracht, wie z. B. nach der Staatsherrschaft Chile, die als Strafkolonie betrachtet wurde.

Als Peru im Jahre 1821 seine Unabhängigkeit gewann, und seine Ausdehnung auf die gegenwärtigen Grenzen beschränkt wurde, die ungefähr die dreifache Fläche des heutigen Deutschlands umfassen, wurde innerhalb des Staatsministeriums oder Ministeriums des Innern eine Polizeidirektion geschaffen. Aber während beinahe einem Jahrhundert Republik gab es für diese primitive Polizei-Organisation keinen Fortschritt, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß Peru bedeutend weniger Zustrom an Einwanderern und Ausländern erhalten hat, als andere amerikanische Staaten.

Die Reformen im Polizeiwesen durch den Präsidenten Leguia. Seitdem Herr Augusto B. Leguia, gegenwärtiger Präsident der Republik, im Jahre 1919 an die Regierung kam, widmete er sich nach erfolgter Annahme einer neuen Verfassung, der Reorganisation des peruanischen Polizeiwesens und der Polizeiverwaltung, durch eine Reihe von Gesetzen und Dekreten, die bereits begonnen haben, ihre günstige Wirkung auszuüben. Der Plan dieser Reorganisation umfaßt die folgenden Hauptpunkte:

1. Ein Dekret der ausübenden Gewalt (Regierung), gemäß welchem ein besonderer und vorzüglich ausgebildeter Haushaltsplan ausgearbeitet wurde, der für die Polizeidirektion und ihre verschiedenen Dienststellen bestimmt ist und erstmals im Jahre 1924 zur Anwendung kam.
2. In Spanien wurde eine Kommission, bestehend aus Spezialisten auf dem Gebiete des spanischen Polizeiwesens, zur Organisation der peruanischen Polizei verpflichtet.
3. Ein weiteres Dekret über die territoriale Einteilung für den Dienst der Gendarmetruppen, welche heute „Sicherheitskorps“ heißen.
4. Eine Entscheidung der Regierung, welche die Stärke des Sicherheitskorps festsetzt.
5. Ein Dekret, welches die Abteilung für Fahndungs- und Überwachungsdiens ins Leben rufte. Die peruanische Polizei besteht somit aus zwei großen Abteilungen, welche in zwei untergeordnete Dienstgattungen eingeteilt sind: der Sicherheitsdienst, der als Abwehrmaßnahme gedacht ist, und der Fahndungsdiens, der vorbeugenden Charakters ist.
6. Dekrete über die Stärke der Polizei in jedem einzelnen der durch das vorerwähnte Dekret über Gebieteinteilung festgesetzten Bezirke, hauptsächlich für diese beiden Abteilungen.
7. Eine Entscheidung der Regierung über die Organisation der Gendarmetruppen in den militärischen Gebieten der Republik.
8. Ein Gesetz über die Grundlagen für die Beförderung bei den Gendarmetruppen und beim Sicherheitskorps.
9. Ein Gesetz, welches die Gehaltsliste für die Beamten der genannten beiden Abteilungen festsetzt.
10. Ein Gesetz, welches die Gehälter für die Beamten des Fahndungs- und Überwachungsdiens festsetzt.
11. Schaffung eines Fremdenpolizeidiens mit den entsprechenden Ausführungsbestimmungen.
12. Schaffung von gesundheitspolizeilichen Einrichtungen, wie Syphilis-Kliniken usw.

Die Polizeischule in Lima

Durch ein Dekret vom 13. Juni 1922 wurde die Polizeischule ins Leben gerufen, die sich in einem eigenen und gut eingerichteten Gebäude befindet und dazu bestimmt ist, Spezialisten auf den verschiedenen Gebieten des Polizeiwesens heranzubilden.

Diese Schule verfolgt drei Hauptzwecke: eine neue Gendarmetruppe heranzubilden, ähnlich wie die in Spanien bestehende, auf der Grundlage der in Peru vorhandenen Gendarmetrie-Abteilungen; eine zweite Sicherheits- oder Ordnungstruppe zu organisieren; und endlich eine Fahndungs- und Überwachungs-Abteilung zu schaffen.

Die Schule besteht aus folgenden Abteilungen: I. Obere Stufe oder für Offiziere der Gendarmetruppe, des Sicherheits- und Fahndungsdiens; II. Untere Stufe oder für Mannschaften und Annäherer der vorerwähnten Abteilungen; III. Spezialkurse für Anwärter des Fahndungs- und Überwachungsdiens und der diesen angeschlossene Abteilung für Pathologie.

Die obere Stufe für Offiziere besteht aus neun Hauptleuten und vierzig Beamten und Unterleuten des lebenden Heeres; die untere Stufe für Mannschaften und Unteroffiziere besteht aus einhundertfünfzig aus dem Heere beurlaubten Soldaten mit guten Zeugnissen; und die Spezialstufe umfaßt sieben Offiziere und fünfzig Schulleute, Soldaten oder Beamte. Die Studien an dieser Schule dauern minde-

stens ein Jahr, und nach Ablauf dieser Zeit werden die Schüler in die entsprechenden Abteilungen des Polizeiwesens eingeteilt. Die Leitung der Schule hängt unmittelbar vom Ministerium des Innern ab und liegt in Händen der Polizeidirektion. Schließlich wurde der Lehrkörper ernannt, die Verwaltung geschaffen und die Einteilung festgesetzt, das Programm aufgestellt und die Lehrbücher bestimmt usw., was durch eine Reihe von Dekreten geschehen ist.

Diese Schule hat vorzügliche Ergebnisse gezeitigt. Bis vor einem Jahr hatte sie bereits, wie in der letzten Volksschau des Präsidenten Leguia verlautet, 14 Hauptleute, 13 Leutnants, 73 Unterleuten, 210 Unteroffiziere und 64 Fahndungsbeamten ausgebildet. Auch konnte man seit der ersten Musterung der Polizeitruppen mit ihren verschiedenen Abteilungen: berittene Polizei, Radfahrer-Abteilung, Schulleute, Gesundheitspolizei usw., welche in Lima im April des vorigen Jahres stattfand, eine Verbesserung der peruanischen Polizei feststellen. Diese Feststellung wird außerdem bestätigt durch die unabänderliche Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die innere Ruhe in Peru, sowie durch die bedeutende Abnahme der Verbrecher.

Die Tätigkeit der spanischen Polizeikommission in Peru

Diese Kommission, die infolge eines Dekrets vom Jahre 1919 verpflichtet wurde, ist in Wirklichkeit die Seele der gesamten Reorganisation des peruanischen Polizeiwesens gewesen, und ihr sind die unzweifelhaften Fortschritte zuzuschreiben. Der erste Leiter der Kommission war der Dozentleutnant Pedro Nuevo Espana, dessen in Peru mit Dankbarkeit gedacht wird, da er mit der Organisation eine große Arbeit auf sich nahm. Als sein Kontrakt abließ, wurde er durch den hervorragenden bekannten General Antonio v. Sanchez, der jetzt neben der Stelle als Leiter der Kommission noch den Posten als General-Inspekteur der peruanischen Polizei bekleidet. Auch die übrigen Offiziere der spanischen Kommission verdienen uneingeschränktes Lob, und ganz besonders diejenigen, die die Polizeischule in Lima geleitet haben. Die Kommission fand außerdem die Unterstützung der verschiedenen Abteilungsleiter, unter denen vor allen Dingen der begabte und arbeitsame Oberst Pedro Pablo Martinez, gegenwärtig Ministerialdirektor des Polizeiwesens, zu nennen ist.

Der Initiative dieser Offiziere ist ein großer Teil der Fortschritte auf dem Gebiete zu verdanken, wie z. B. die Errichtung oder der Ausbau besonderer Gebäude für die Polizei, Organisation der Ausrüstung und des technischen Dienstes nach modernen Grundrissen, die Einführung von eleganten und bequemen Uniformen, verbesserten Waffen usw.

Peru entsandte eine besondere Abordnung zur Internationalen Polizeikonferenz, die im Jahre 1923 in Neu-York stattfand. Diese Abordnung wurde von dem Prästen von Lima angeführt, welcher einen großzügigen Plan zur Unterdrückung des Verbrechens von Kaufleuten, strengere Maßnahmen gegen die Verbrecher im Kleinen und Ganzen für die Polizei, die oft fälschlich von den Verbrechern angeklagt wird, wodurch die Richter irreführt werden, vorlegte.

Als die peruanische Regierung erfuhr, daß in Karlsruhe eine Internationale Polizeitechnische Ausstellung stattfinden würde, hat sie auch einen besonderen Vertreter entsandt, welcher der einzige Teilnehmer der 21 lateinamerikanischen Staaten ist. Dieser Vertreter hat Anwesenheit erhalten, die Ausstellung mit größter Genauigkeit zu besichtigen und einen möglichst ausführlichen Bericht einzuweisen über alles, was ausgestellt ist und über alle Veranstaltungen, die aus Anlaß der Ausstellung stattfinden. Es ist noch hinzuzufügen, daß diese Aufgabe durch die Aufmerksamkeit und die Erleichterungen, die diesem peruanischen Abgeordneten gewährt wurden, sowohl durch die Regierung von Baden, als auch durch die Leiter der Ausstellung, wesentlich erleichtert wurde.

Herr Paulet wünscht, daß seine Dankbarkeit für diese Aufmerksamkeit bekannt werde. Er erwidert und anerkennend, allen deutschen Fabrikanten mitzuteilen, daß sie Artikel, die dem Polizeiwesen dienlich sind, anbieten können und die Angebote so bald als möglich an seine Privatadresse: 59 Rue Marie-Therese, Ottende (Belgien), richten möchten. Herr Paulet, der ein großer Freund Deutschlands ist, tritt seine Rückreise an, nachdem er Gelegenheit hatte, zu seiner großen Freude den Erfolg der Ausstellung in Karlsruhe und den gewaltigen Fortschritt des deutschen Volkes, insbesondere auf sozialem und technischem Gebiete, festzustellen, und er hat sich vorgenommen, diesen Fortschritt in seinem entfernten Vaterlande bekannt zu machen.

Der Leipziger Mathenauprojekt

In der gegen die der Beihilfe an den Mord an Mathemau Angeklagten sagte der Angeklagte Brandt aus, Kern habe ihm nicht, wie in der Anklage behauptet sei, zu Pfingsten 1922 von dem Mordplan erzählt, sondern habe etwa 14 Tage später mit ihm von einem nationalen Plan gesprochen. Da es sich um einen gegen die Entete gerichteten Plan handelt, wird für diese Bekundungen die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Brandt schildert dann, wie er von Kern gebeten worden sei, für diese nationale Sache ein Auto zu beschaffen. Als er mit dem Auto nach Berlin gekommen sei, hätten Kern und Fischer ihm den Mordplan auseinandergesetzt. Er sei entsetzt gewesen, und habe sie auch davon überzeugt, daß das Auto zu diesem Zweck nicht benutzt werden dürfe. Er habe sich dann an Tillesen gewandt, der erklärt habe, er werde den Plan unter allen Umständen verhindern.

Der Sachverständige, prakt. Arzt Fischer-Freiberg (Sachsen) bekundete, daß Küchensmeister infolge einer Kriegsverletzung schwer nerven- und herzleidend ist. Die Zeugen vom Fall Brandt, in der Hauptsache die früheren Kameraden Brandts, betonten einstimmig, daß dieser sich stets gegen den politischen Mord ausgesprochen habe und er nach der Disziplin in der Brigade Erhardt unbedingt den Befehl Tillesens, nach Jena zurückzuführen, habe gehorchen müssen. Tillesen bestätigte, daß er Brandt den Befehl gegeben habe, nach Jena zurückzuführen, da er selbst den Plan abblasen werde. Brandt konnte nicht annehmen, daß ihm nicht gelingen werde, Kern von seinem Plane abzubringen. Kern habe ihm durch Handschlag versprochen, das Unternehmen aufzugeben und das Auto Lechows nach Freiberg zurückzuführen. Es sei unerklärlich, wie Kern die Tat dann doch habe ausführen können.

Im Moskauer Prozeß

erklärte — nach russischen Berichten — der deutsche Student Rindermann, der sich wie Wolsch selbst verteidigen will, die Anklageerzählung erscheine ihm von einem Zerknirren verfaßt zu sein. Die von allen drei Angeklagten als Entlastungszeugen angegebenen Rose und Fink sind aus Deutschland eingetroffen. Die Vernehmung Dittmars erfolgte zuerst in russischer und dann in deutscher Sprache. Dittmar erklärte, während der Haft erklart zu haben, daß seine bisherigen nationalen Ideale ihn in die Irre geführt hätten. Er habe geglaubt, für vaterländische Interessen zu kämpfen, habe aber erklart, daß seine bisherigen Interessen nur materiellen Interessen gebieten hätten. Dittmar erklärte in der Schilderung seines Lebenslaufes, daß er der Sohn eines baltischen Grundbesitzers sei, 1921 in Berlin studiert und seine Studien später in Heidelberg fortgesetzt zu haben. Die Verbindung mit Rindermann sei durch den Zeugen Rose hergestellt worden. Nach Verlesung der Anklageerzählung erklärten sich Rindermann und Wolsch für unschuldig. Dittmar erklärte sich für schuldig.

Politische Neuigkeiten

Aus dem Reichsrat

Der Reichsrat genehmigte in seiner Sitzung am Donnerstag nachmittag den Gesetzentwurf über ein vorläufiges Handelsabkommen zwischen dem deutschen Reich und der griechischen Republik, sowie den Gesetzentwurf über das internationale Abkommen zur Vereinfachung der Zollformalitäten.

Hierauf beschäftigte sich der Reichsrat mit dem Gesetzentwurf über den Ausbau der Angestelltenversicherung. Die Ausschüsse haben die Vorlage angenommen, deren wesentlicher Inhalt die Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung um 1/4, aber infolge davon auch die Erhöhung der Beiträge um 1/4 ist. Damit hofft man bis zum Jahre 1932 auskommen. Alsdann wird eine weitere Erhöhung geplant. Die soziale Belastung der Wirtschaft wird sich durch die Vorlage um etwa 40 Millionen Mark jährlich erhöhen.

Einen weiteren Gegenstand der Tagesordnung bildete der Gesetzentwurf einer Reichsdienststrafordnung. Die Vorlage wurde in der Fassung des Ausschusses angenommen. Hiernach ist der Unterhalt, den ein Beurteilter im Gnadenweg bezieht, auf 1/2 des Ruhegehalts beschränkt worden. Der Strafdienstrichter soll an die tatsächlichen Feststellungen des Strafrichters gebunden sein, es sei denn, daß die Dienststrafrichter einstimmig Zweifel an der Richtigkeit hegen und eine Nachprüfung beschließen. Ferner wird die Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Verfahrens auch zu Gunsten des Beschuldigten eingeführt. Weiter wurde eine Verordnung über Festsetzung des Besoldungsalters und Besoldung der Wehrmacht angenommen, der eine erhebliche Besserstellung der Mannschaft bildet. — Die Vorlage über Aufhebung der Reichsbesoldungsordnung wurde auf Antrag Gessens nochmals an die Ausschüsse zurückverwiesen.

Die ausländische Weineinfuhr. Die Einfuhr ausländischer Weine erfährt weitere Steigerung. Die monatlichen Nachweise über den deutschen Außenhandel ergeben, daß im April 1925 806 hl ausländischer Wein eingeführt worden sind. Das bedeutet, gegenüber dem März ein Mehr von 10 000 hl. In der Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1925 sind in Deutschland insgesamt 499 117 hl Wein mit einem Wert von ca. 90 Millionen Mark eingeführt worden.

Eine Pariser Falschmeldung. Nach einer Meldung des Berliner Korrespondenten des „Echo de Paris“ soll die Sowjetregierung der deutschen Regierung einen Raketenwurf zur Belämpfung des französischen Sicherheitsangebots vorgelegt haben. Diese Meldung ist, wie amtlich mitgeteilt wird, in allen ihren Teilen erfunden.

Badischer Teil

Gesetz über Abänderung des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch und anderer Gesetze

Dem Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes über Abänderung des Ausführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch und anderer Gesetze zugegangen. Bei der Änderung des A.G. BGB. handelt es sich in der Hauptsache um die Anpassung des Art. 5 A.G. BGB. an Art. 131 der Reichsverfassung. Nach Art. 5 A.G. BGB. hat, wenn ein Beamter des Staates in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt vorwiegend oder hauptsächlich die einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht verletzt, an Stelle des Beamten der Staat. Soweit jedoch nicht die Amtshandlung eines Beamten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Frage steht, ist die Verfolgung des Staates vor den ordentlichen Gerichten auf Verlangen des dem Beamten vorgelegten Ministeriums an eine Vorentscheidung des Verwaltungsgerichtshofs darüber gebunden, ob der Beamte sich einer Überschreitung seiner Amtsbefugnisse oder der Unterlassung einer ihm obliegenden Amtshandlung schuldig gemacht hat oder ob dies nicht der Fall ist. Eine Vorentscheidung der letzteren Art ist für das ordentliche Gericht bindend, die Verfolgung des Staates vor den ordentlichen Gerichten also damit ausgeschlossen. Entsprechendes gilt für die Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Nunmehr bestimmt Art. 131 der Reichsverfassung: „Verleht ein Beamter in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst der Beamte steht. Der Rückgriff gegen den Beamten bleibt vorbehalten. Der ordentliche Rechtsweg darf nicht ausgeschlossen werden. Die nähere Regelung liegt der zuständigen Gesetzgebung ob.“

Aber die Tragweite dieser Bestimmung bestehen Meinungsverschiedenheiten. Nach der einen Ansicht, welche insbesondere vom Reichsgericht in der Entscheidung Band 102 S. 166 vertreten wird, schafft Art. 131 A.G. unmittelbar für Reich und Länder geltendes materielles Recht, während nach der anderen Ansicht, die unter anderem vom Badischen Verwaltungsgerichtshof geteilt wird — vgl. Zeitschrift für badische Verwaltung 1920/21 S. 202 — in Art. 131 Abs. 1 A.G. nur Richtlinien für die Gesetzgebung von Reich und Ländern aufstellt. Gleichwohl welcher Meinung man beitrifft, für alle Fälle ist es mit dem Satz der Reichsverfassung „Der ordentliche Rechtsweg darf nicht ausgeschlossen werden“ unvereinbar, wenn die Verfolgung des Staates von einer Vorentscheidung des Verwaltungsgerichtshofes mit der bezeichneten Wirkung abhängig gemacht wird. Die dahin gehenden landesrechtlichen Bestimmungen sollen daher in Wegfall kommen. Im übrigen soll die Staatshaftung gegenüber dem bisherigen Rechtszustand infolge einer Erweiterung erfahren, als sie auch dann eintritt, wenn der Beamte im Zustand der Bewußtlosigkeit oder in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Geistesstörung gehandelt hat. Der Rückgriff des Staates auf den schuldigen Beamten bleibt unberührt.

Die Änderungen der anderen Gesetze — Ausführungsgesetz zur Grundbuchordnung, Reichspolizeigesetz u. a. — betreffen im wesentlichen kleine Verbesserungen, die sich im Laufe der Zeit als wünschenswert ergeben haben, sowie die Anpassung an die bestehenden staatsrechtlichen Verhältnisse. Das Reichspolizeigesetz soll die Bezeichnung Landesgesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit erhalten.

Die Zollvorlage im Reichsrat

In einem unter dieser Überschrift in Nr. 139 der Karlsruher Zeitung vom 19. ds. Mts. erschienenen Artikel ist bemerkt, der Vertreter der badischen Regierung habe im Reichsrat erklärt, daß Baden sich grundsätzlich gegen die Wiedereinführung von Getreidezöllen sei. Diese von einer Korrespondenz herkommene Mitteilung ist, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, anzutreffend. Der badische Vertreter hat vielmehr tatsächlich erklärt, daß Baden nicht grundsätzlich gegen jegliche Getreidezölle sei, aber die vorgeschlagenen Sätze für zu hoch halte und deshalb alle Anträge auf Ermäßigung der vorgeschlagenen Sätze unterstützen werde.

Die Einreise in das Saargebiet

Die Regierungskommission des Saargebietes hat in ihrem Amtsblatt Nr. 11 eine Verordnung über die Regelung des Verkehrs im Saargebiet mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt, die einem längst empfundenen Bedürfnis auf Erleichterung der Einreisebestimmungen nach dem Saargebiet Rechnung trägt.

In Zukunft bedarf es zur Einreise in das Saargebiet keiner besonderen Genehmigung mehr. Die Reisenden müssen lediglich einen Paß oder einen sonstigen von ihrer zuständigen Heimatbehörde ausgestellten Personalausweis vorzeigen können und sind ferner verpflichtet, sich innerhalb drei Tagen nach An- und in das Saargebiet bei der zuständigen Polizeibehörde anzumelden. Die Anmeldebefreiung berechtigt die betreffenden Personen, sich bis zu zwei Wochen innerhalb des Saargebietes aufzuhalten. Nur diejenigen Personen, die sich länger als zwei Wochen im Saargebiet aufhalten wollen, haben eine besondere Aufenthaltserlaubnis, die jeweils bis zu drei Monaten erteilt wird, bei der Regierungskommission des Saargebietes, Abteilungsleiter des Innern (Polizeiabteilung), unter Vorlage ihres Ausweises zu beantragen.

Vollversammlung der Bad. Landwirtschaftskammer

Am Dienstag, den 30. Juni, vorm. 9 Uhr und Mittwoch (1. Juli) vorm. 8 Uhr tritt die neugewählte Landwirtschaftskammer zum erstenmal in Karlsruhe zusammen. Die Tagungen finden voraussichtlich im Sitzungssaal des Badischen Landtages statt.

Am ersten Tage erfolgt die Wahl von Mitgliedern. Für die Tagung am Mittwoch sind u. a. vorgesehen die Wahl des Vorsitzenden, des stellvertretenden Vorsitzenden, sowie der übrigen Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter; ferner die Wahl der Ausschüsse, sowie der Vertreter der Landwirtschaftskammer bei anderen Körperschaften. Auch die Vertretung der Zweigvereine des früheren Landesobstbauvereins steht zur Beratung. Ein zusammenfassender Bericht des geschäftsführenden Direktors wird den neuen Mitgliedern Aufschluß geben über die Aufgaben der Landwirtschaftskammer, ihre Einrichtungen und Unternehmungen.

Weitere vorläufige Volkszählungsergebnisse

Ettenheim: 1412 männliche und 1661 weibliche, zusammen 3073 Einwohner.

Engingen: 1328 männliche und 1569 weibliche, zusammen 2897 Einwohner.

Tobinau: 1295 männliche und 1301 weibliche, zusammen 2596 Einwohner.

Verolsheim: 3118 Personen, davon 1475 männliche und 1643 weiblichen Geschlechts.

Hirtwang: 6640 Einwohner, davon 2876 männliche und 3764 weiblichen Geschlechts. Gegenüber der Zählung von 1919 ist eine Zunahme von 600 Personen zu verzeichnen.

Bad Bärheim: 2029 Einwohner.

Engen: 1155 weibliche und 1021 männliche, zusammen 2176 Personen.

Röhrenbach: 2096 Einwohner. Zuwachs von 353 Personen seit der letzten Zählung.

Bell l. B.: 3805 Personen gegenüber 3488 im Jahre 1919. Ortsanwachsen.

Orienberg (Amt Offenburg): 1601 Einwohner, 799 männliche und 802 weibliche Personen. Gegenüber der Zählung von 1910 ist ein Zuwachs von 106 Personen zu verzeichnen.

Welsheim: 767 männliche und 845 weibliche Personen, zusammen 1612. Bei der letzten Vorkriegszählung betrug die Einwohnerzahl 1574.

Aus der Landeshauptstadt

Die Festschrift zum 100er-Jahr

Die Festschrift zum 100er-Jahr, eine Sondernummer des Nachrichtenblattes der Kameradschaft badischer Leibgrenadiere ist nunmehr erschienen und bietet in einem Umfang von 60 Seiten eine Fülle von interessantem, besonders auch stadthistorisch wertvollem Material. Den Umschlag, der von Professor Rucke gezeichnet ist, ziert das Bild mit den ruhmreichen Fahnen des Regiments, aufgenommen vor dem Schloßhauptportal vor dem Ausrücken der Leibgrenadiere ins Feld. Der letzte Regimentskommandeur der Leibgrenadiere, Generalmajor Freiherr von Forstner entbietet allen Leibgrenadiern einen Willkommens- und Lorens Wingerter, der bekannte pfälzische Dichter, charakterisiert in seinem Festgedicht den Helden des 100er-Jahres. Es folgen dann eine Reihe lehrreicher Artikel so u. a. von Professor Dr. Ing. Greuber über das 100er-Denkmal, von Oberstleutnant von Freytag „Erinnerungen an die 100 Jahrefeier des Regiments im Jahre 1903“, ferner von dem früheren langjährigen Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, Siegfried, über „Die Leibgrenadiere und ihre Garnisonsstadt Karlsruhe“ und von Hofgarden- und Hofgarden-Oberst, „Erinnerungen an die alte Leibgrenadierkaserne“. Major a. D. Edgar Freiherr von Rotberg-Karlsruhe gibt in der Festschrift eine interessante Biographie der Feldzugskommandeure des Regiments in den 116 Jahren seines Bestehens, aus der hervorgeht, daß das Leibgrenadierregiment an insgesamt 11 Feldzügen in ganz Europa teilgenommen hat. Generalleutnant von Altrock plaudert sehr unterhaltend über seine Zeit als Regimentskommandeur vor dem Kriege, während ein sehr interessanter Artikel die Geschichte der Meiniger Traditionskompanien behandelt. Besonders wertvoll ist der Beitrag über die 10 ältesten Leibgrenadiere, die noch am Leben sind. Der Karlsruher Schriftsteller Franz Josef Göb tritt in warmer Weise für die Frontbagatelle ein in einer himmelstürmischen Klage: „Etwas vom Schwamm“ und Hauptmann von Böckmann, der gern geliesene Militärchriftsteller wird sicherlich viel Anklang mit seiner Wanderversage finden.

Zahlreiche wertvolle Photographien machen die Sondernummer des Nachrichtenblattes ganz besonders zu einer empfehlenswerten Erinnerungsschrift.

Dienstübernahme. Der Präsident der hiesigen Oberpostdirektion, Baumbach, hat nach beendigtem Erholungsurlaub die Dienstgeschäfte wieder übernommen.

In der Marktat bei Wilsbach (Amt Durlach), der der Waldhüter Gustav Raible zum Opfer fiel, wird noch berichtet: Der Mörder, der Juwagsgangling Martin Schneider, der vor einigen Wochen aus der Erziehungsanstalt Singheim entwichen war, hatte sich seither in der Umgebung Durlachs herumgetrieben. Vermutlich wurde er an dem fraglichen Tag von dem Waldhüter Raible in einer Jagdhütte des etwa 1/2 Stunden von Durlach entfernt liegenden Forstwaldes überrascht. Um sich der Festnahme zu entziehen, gab Schneider auf den Waldhüter zwei Schüsse ab, wodurch der Tod des letzteren herbeigeführt wurde. Er konnte nach Angaben über den Täter machen und starb kurz darauf.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landesweiterwart Karlsruhe, 8 Uhr morgens. In Baden hielt gestern das für die Jahreszeit kühl und unbeständige Wetter an. Strichweise kam es zu Regenfällen die im Gebirge teilweise von elektrischen Entladungen begleitet waren. Wie schon seit mehreren Tagen, lag auch gestern das Temperaturmittel ca. 3 Grad unter dem normalen Tagesmittel. — Eine wesentliche Abänderung der Druckverteilung ist noch nicht zu erkennen. Ein über dem Stagerat neu gebildeter Wirbel beeinflusst und zwar nach einer nördlich von uns vorgedrungenen schwachen Hochdruckridens, nicht direkt, doch werden sich bald neue Störungen entwickeln, die einen Fortbestand der unruhigen Witterung bedingen. Voraussichtliche Witterung für 27. Juni wechselnd bewölkt, Abende meist trocken, Gebirge Strichregen, teilweise Gewitter, kühl.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	26. Juni	26. Juni	26. Juni	26. Juni
	Geld	Devis	Geld	Devis
Amsterdam 100 G.	168.26	166.63	168.00	168.51
Kopenhagen 100 Kr.	82.53	82.73	81.50	81.70
Italien 100 L.	15.25	15.29	15.48	15.52
London 1 Pf.	20.800	20.906	20.890	20.442
Newyork 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	19.31	19.55	19.34	19.38
Schweiz 100 Fr.	81.47	81.67	81.43	81.63
Wien 100 Schilling	59.054	59.194	59.054	59.194
Prag 100 Kr.	12.434	12.437	12.43	12.47

Unterschied über 100 Prozent

Karlsruher Märkte. 24. Juni. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Den bis gestern ruhigen ausländischen Märkten ist eine etwas bessere Tendenz gefolgt, die sich aber im Geschäft noch wenig auswirkt. Die Zurückhaltung bleibt weiter bestehen. Weizen handelsüblich 25,5—26.—, Roggen, gesund, handelsüblich 22,5—23.—, Sommergerste je nach Qual. (inkl. 25—28.—, (ausl.) 20—21.—, Hafer 19—22,5, Mais mit Saft 23—23,75, Weizenmehl Mühlenforderung 36,75—37.—, Roggenmehl Mühlenforderung 30—30,75, Roggenfuttermehl 14,5—14,75, Weizenfuttermehl 14,5—14,75, Roggenkleie 12,5, Weizenkleie 12—12,5, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Viehtreiber 16—16,5, Malzkeime 15—15,5, Speisefertigflocken, gelblich 8—9.—, rote 6—6,20. — Raubfuttermittel: Lohes Weizenheu, gut, gesund, trocken, neue Ernte 7—7,5, Luzerne neue Ernte 9,5—10.—, Weizen-Roggenstroh, drathgepreßt 5 bis 5,5, alles per 100 Kilo; Mühlenfabrikate, Mais, Viehtreiber und Malzkeime mit Getreide ohne Saft, Fruchtbarkeit Karlsruhe, bezw. Fertigfabrikate Parität Fabrikation. Wagnispreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Aufschläge. — Weine und Spirituosen: Bei schwachem Besuch waren die Käufer sehr zurückhaltend, daß bei festigen Preisen belagerte Geschäfte sich nicht entwickeln konnten.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Sommerau, 23. Juni. Auf der Schwarzwaldbahn wird nördlich der hiesigen Station durch den Sommerautunnel bis Aufbach z. Bt. ein eingleisiger Betrieb durchgeführt, damit die in Zug befindlichen Strecken- und Tunnelausbesserungsarbeiten rasch gefördert werden können. An zahlreichen Zufahrten zu dem Tunnel wird der alljährlich durch Witterungseinflüsse normal entstehender Erddruck beseitigt und neue Stützmauern und Gewölbe-Eingänge erbaut, die eine erhöhte Sicherheit des Betriebes gewährleisten. Der nördliche Tunnelmund am Schieferhadentunnel wird durch starke Eisentrippen in besonderem Maße gesichert, nachdem das alte Portal durch den Gesteinrutsch im April abgehängt worden war. Bei Niedrigwasser sind die Arbeiten an der Nordrampe der Schwarzwaldbahn für die Verlegung des Flußbettes der Gutach (bei der Forelle), wo der Fluß hart an die hohe Bahnböschung herantritt, jetzt begonnen worden. Im Verlaufe dieser Arbeiten wird auch eine Aufklärung zweier kleinerer Tunnel in diesem Streckenabschnitt erfolgen, da die Überwachung und Unterhaltung dieser kurzen Unterführungen zuviel Kosten verursacht. An die Stelle der Tunnel treten Einschnitte.

Dr. Konstant, 24. Juni. Am Montag nachmittag sind die 12. und 13. Kompanie sowie der Nachrichtenzug des Jägerbataillons zu längeren Übungen, die sich bis Ende Juli ausdehnen werden, nach dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr in Bayern abgerückt.

Zeitschriftenschan

„Neue Frauenkleidung und Frauenkultur.“ Diese wertvolle und nützliche Zeitschrift für persönliche künstlerische Kleidung, Körperkultur und Kunsthandwerk (Verlag G. Braun, Karlsruhe) verdient die ernste Beachtung aller geistig interessierten Frauen. Aber auch den Männern, die sich für Fragen der Ästhetik im weitesten Sinne dieses Wortes interessieren, wird sie viele Anregungen bieten. Das uns zur Besprechung vorliegende 6. (Juni-) Heft der im 21. Jahrgang erscheinenden Zeitschrift ist ganz besonders gut gelungen. Die Abbildungen, die sich in der Hauptsache auf neue Kleiderformen, Stoffdrucke und Spitzenarbeiten beziehen, sind nicht nur technisch einwandfrei, sondern auch in künstlerischer Hinsicht von hohem Reiz. Das Heft wird eröffnet mit einem aktuellen Aufsatz über Sommerkleider. Ihm schließt sich ein Artikel an, dessen Inhalt gar nicht genug empfohlen werden kann. „Zeit- und Kraftersparnis im Haushalt“ von Dr. Anna Klebe. Eine weitere Arbeit unterrichtet die Frau über die Lungentuberkulose. „Die Gymnastik der Kleinsten“ — ebenfalls ein sehr bedeutendes Thema — wird von Hedwig Dnd behandelt. Über Stoffdrucke der faat. Kunstgewerbeschule Stuttgart plaudert Dr. Berner Biddemann. Sehr lehrreich und doch auch gleichzeitig fesselnd ist der Aufsatz von Veria Olbricht-Kemisch über „Echte Spitzen, ihre Entstehung und Entwicklung“. Ferner sei noch ein Artikel erwähnt, der die Leserinnen unter der Überschrift „Die Bedeutung des Hims“ in knappen Umriffen mit der Welt des Films bekannt macht. Dem Heft beigelegt ist wieder der außerordentlich praktische Handarbeitsbogen. R. R.

